

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung:
Gesellschaft 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Attentäter Hardens verhaftet.

Eine Berliner Korrespondenz meldet: In Berlin eingetroffenen Meldungen zufolge ist Oberleutnant Kalkermann, der vor ungefähr einem Jahr in der Kolonie Grunewald das Attentat auf Maximilian Harden verübte und seitdem flüchtig war, auf Grund des damals gegen ihn erlassenen Haftbefehls gestern in Wien verhaftet worden. Seine Auslieferung ist von den deutschen Behörden bereits beantragt. Die Staatsanwaltschaft des Landgerichts III hat von neuem die Voruntersuchung gegen ihn wegen versuchten Mordes eröffnet. Wie erinnert, wurden seinerzeit in dem Prozeß gegen die Hardens-Attentäter die beiden Gehilfen Kalkermanns, Weigand und Grenz, wegen Körperverletzung zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Ehrhardt auf der Flucht.

Zwickau, 19. Juli 1923. (Eigener Drahtbericht.) Das „Leipziger Tageblatt“ vom Donnerstag enthält eine Mitteilung, wonach das Auto des flüchtigen Ehrhardt am Sonnabend abend 6 Uhr auf der Durchfahrt in Zwickau gesehen worden sei. Das Auto habe hier einen Aufenthalt genommen und dann die Fahrt nach Reichenbach, also in Richtung Bayern fortgesetzt. Auf dem Polizeiamt und bei der Landespolizei in Zwickau ist von dieser Sache nichts bekannt. Zwar sind auch hier Gerüchte davon im Umlauf, Ehrhardt sei gesehen worden. Aber die Annahme hat alle Wahrscheinlichkeit für sich, daß es sich um eine jener „Parolen“ handelt, wie sie auch bei der Verfolgung der Rathenau-Mörder seinerzeit zur Vertuschung der Fahrt ausgegeben wurden.

Der englische Entwurf.

London, 19. Juli. (W.B.) Reuter erzählt, daß der Entwurf der britischen Antwort auf das deutsche Angebot fertiggestellt ist und heute vom Kabinett erwogen werden wird. Man glaubt nicht, daß mehr als eine Sitzung für die volle Erörterung der Antwort notwendig sein wird und hofft, daß der Entwurf zusammen mit der Mantelnote an die Alliierten und die Vereinigten Staaten gefandt werden kann.

London, 19. Juli. (W.B.) „Westminster Gazette“ schreibt, die Lage im Ruhrgebiet gestalte sich immer ernster. Die Franzosen schicken jetzt Tausende von Arbeitern auf die Straße, beschlagnahmen Kohlen und Holz der Fabriken, nähmen Rohngelder weg und desorganisierten die Lebensmittelzufuhr. Durch dieses Anziehen der Schraube werde ein Kompromiß erschwert, da es die Arbeiter aufreize. Die Franzosen beabsichtigten offenbar eine Kapitulation herbeizuführen, bevor eine Antwort an Deutschland erfolgt sei.

London, 19. Juli. (W.B.) „Times“ schreibt: Die Dokumente, welche heute vom Kabinett erörtert werden sollen, schließen ein: den Entwurf der Antwort auf die letzte deutsche Note, einen Mantelbrief und eine erläuternde Denkschrift zu verschiedenen Punkten. Das Blatt meint weiter, daß die Vorschläge, welche in dem Antwortentwurf enthalten seien, nicht derart seien, daß man mit einer Ablehnung von irgendeiner Seite zu rechnen brauche. Selbstverständlich werde in den britischen Vorschlägen kein Versuch gemacht werden, die Bestimmungen des Versailler Vertrags in irgendeiner Beziehung oder auf irgendeine Art und Weise zu umgehen oder zu erweichen. Im Gegenteil werde Nachdruck auf die genaue Auslegung des Vertrags und die Notwendigkeit einer heftigen Aktion auf seiner Grundlage gelegt. Schließlich sagt „Times“, daß die Aussichten für weitere Verhandlungen zwischen den Alliierten entschieden günstiger seien als noch vor einigen Tagen.

Der diplomatische Berichterstatter der „Westminster Gazette“ bezeichnet eine Meldung, wonach Meinungsverschiedenheiten im Kabinett die Verzögerung in der Fertigstellung des Entwurfs verursacht hätten, als unzutreffend. Es gebe nämlich Meinungsverschiedenheiten über die genaue Form der Antwort und die genauen Einzelheiten der Reparationsfrage und über die Notwendigkeit der Regelung der Reparationsfrage und der Ruhrfrage stimmten die Ansichten überein. — Mehrfach schreibt der Berichterstatter der „Daily News“.

London, 19. Juli. (Eca.) Die englischen Sachverständigen haben den Entwurf der gemeinsamen alliierten Note an Deutschland nunmehr fertiggestellt, und man hofft, nachdem der gestrige Ministerrat verschoben ist, daß heute wenigstens ein englischer Ministerrat sich mit dem von den Sachverständigen vorbereiteten Dokument wird beschäftigen können. Es scheint, daß es sich nicht nur um den Antwortentwurf als solchen sowie um die verschiedenen Begleitbriefe an die Alliierten handelt, sondern daß in eingehendem Studium der Sachverständigen auch ein ergänzendes Memorandum ausgearbeitet wurde, in dem die englische Auffassung über eine gewisse Anzahl von Punkten noch näher erläutert werden wird. Der parlamentarische Berichterstatter der „Times“ schreibt, daß wahrscheinlich noch eine zweite Beratung des Kabinetts stattfinden wird und daß infolgedessen mit einer Verzögerung der Uebermittlung der Antwort an die Alliierten zu rechnen sei. Weiter wird in einigen englischen Blättern mitgeteilt, daß über den Inhalt des englischen Dokumentes das

äußerst strenge Stillschweigen

bewahrt werden wird, und zwar nicht nur vor dem Abgang der Note, sondern auch noch während die Note den alliierten Kabinetten zum Studium unterbreitet werden wird. Man will lediglich wissen, daß in den Beratungen der Sachverständigen die Frage des passiven Widerstandes eine ziemlich große Rolle gespielt hat.

Das offiziöse Orakel.

Reichsregierung, Sachsen, Thüringen

Die heute morgen hier veröffentlichte Rundgebung der Reichsregierung schließt bekanntlich mit folgenden etwas dunklen Worten:

Daß die Reichsregierung auch bemüht ist, mit den Landesregierungen von Sachsen und Thüringen im Interesse der ruhigen Entwicklung unserer inneren Verhältnisse ein Einvernehmen zu pflegen, ist bekannt. Sie wird es auch in dieser Beziehung nicht an pflichtmäßiger ernster Aufmerksamkeit fehlen lassen.

Wenn die Reichsregierung auch mit den Landesregierungen von Sachsen und Thüringen im Interesse der ruhigen Entwicklung ein Einvernehmen pflegen will, ist das besonders zu begrüßen, denn dabei kann sie noch einiges lernen. Wie ist es aber mit der „pflichtmäßigen ernstlichen Aufmerksamkeit“? Soll damit gesagt sein, daß es Landesregierungen gibt, die einer besonderen Oberaufsicht bedürfen und daß dies die Regierungen von Sachsen und Thüringen seien? Während, logisch geschlußfolgert, Bayern, das nicht erwähnt wird, einer solchen „ernstlichen Aufmerksamkeit“ nicht bedürfte? Dann würde die Erklärung der Reichsregierung aus Schwarzweiß machen und die Dinge geradezu auf den Kopf stellen.

Eine Erklärung der Erklärung scheint also dringend vonnöten.

In weiteren politischen Kreisen bringt man auch den gestrigen Besuch des deutschen Botschafters bei Lord Curzon

mit der Frage des passiven Widerstandes in Zusammenhang. Insbesondere schreibt die Frankreich freundlich gestimmte Presse, daß bei dieser Gelegenheit Lord Curzon dem deutschen Botschafter in der Frage des passiven Widerstandes gewisse Vorhaltungen gemacht habe. Der politische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“, der in der ganzen letzten Zeit besonders eingehend die verschiedenen Verhandlungen in der Reparationsfrage und in den Verhandlungen zwischen den Alliierten verfolgt hat, macht heute früh eine Reihe von Angaben, die ein Interesse beanspruchen. Die Bemerkungen der Sachverständigen des Schapanits, so meint er, haben in ausgedehntem Maße dazu geführt, daß man die in den englischen Vorschlägen vom 6. Juni enthaltenen Prinzipien wieder bestätigt hat, hierunter z. B. die feste Methode zur Stabilisierung der Mark und zur Befundung der deutschen Währung. Der Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ glaubt in dieser Hinsicht mitteilen zu können, daß die englische Regierung bei der Auffassung beharrt, die

Zusammenarbeit der deutschen Sachverständigen und der deutschen Regierung mit den Alliierten sei eine notwendige Bedingung zur Durchführung der Maßnahmen

und zum Erfolg der Untersuchung über die deutschen Einnahmequellen, die den Reparationszahlungen dienen sollen. Eine solche Mitarbeit Deutschlands, so heißt es weiter, wird für durchaus notwendig erachtet, nicht nur im Hinblick auf den augenblicklichen Stand der deutschen Finanzen, sondern auch im Hinblick auf die wahrscheinliche Zahl und Ertragsfähigkeit dieser Einnahmequellen, wie sie in den letzten englischen und deutschen Memoranden angekündigt worden sind.

Man ist der Meinung, daß die englische Note bei ihrem Eintreffen in Paris zunächst einmal eingehend geprüft wird, daß jedoch die wahrscheinliche Erhöhung der Zahl und Ertragsfähigkeit dieser Einnahmequellen, wie sie in den letzten englischen und deutschen Memoranden angekündigt worden sind.

Lenkt Poincaré ein?

Paris, 19. Juli. (W.B.) Die „Chicago Tribune“ von autoritativer Seite erfahren haben will, sei das Hauptjugendkandidat, welches Theunis bei seiner letzten Unterredung mit Poincaré von diesem erreicht habe, daß Frankreich den internationalen Sachverständigenauschuss anerkennen werde, wenn der Antwortentwurf Baldwin eine geeignete Formel finde. Frankreich sei bereit auch dann seine Zustimmung zu geben, wenn dem Komitee amerikanische und neutrale Sachverständige angehören.

Devisenhamsterer an der Arbeit.

Die Situation auf dem Devisenmarkt spitzt sich immer mehr zu. Heute lagen für den amtlichen Verkehr Kauforders in einem Papiermarkwerte von weit über zwanzig Billionen Mark vor. Angesichts dieses Ansturmes ließ die Reichsbank erklären, daß sie nicht glaube, daß alle diese Kauforders durch bare Einzahlungen deutschen Geldes bei den Banken gedeckt seien. Sie verlangte von den Banken sofortige diesbezügliche Nachprüfungen und drohte, wenn die Orders aufrechterhalten würden, damit, daß sie heute nur ein Viertel bis ein halb Prozent auf die Nachfrage zuteilen und von morgen ab die Diskontierung von Wechseln der betreffenden Institute einstellen werde. Diese Erklärungen riefen im Devisenzimmer große Aufregungen hervor. Die Bankdirektoren setzten sich mit ihren Instituten in Verbindung, um Befehle einzuholen. Die amtlichen Notierungen wurden zunächst ausgelegt und dürften erst am Nachmittag erfolgen. In Danzig wurden heute normittag die wichtigeren Devisen zu folgenden Kursen genannt: Holländische Gulden 100 000 bis 110 000, englische Pfunde 1 300 000, Dollar 280 000—285 000, Polennoten 190—194, Auszahlung Warschau 188—190.

Zur Strafgerichtsreform.

Von Staatsanwalt Marg. Heidelberg.

Nach der Verfassung gibt es kaum ein Rechtsgebiet, auf dem sich die politische Weltanschauung des Gesetzgebers so scharf ausprägt wie im Strafrecht und in der Strafgerichtsordnung. Nichts veranschaulicht dies mehr als der sich nun schon über Jahre, ja man kann sagen über Jahrzehnte hinziehende Kampf um die Strafrechts- und Strafgerichtsreform, insbesondere in den Phasen der letzten Jahre, die gekennzeichnet sind durch die Namen Heinze und Kadbruch.

Der Grundgedanke der Kadbruch'schen Vorlage war weitgehendste Heranziehung des Laienelements zur Straffjustiz unter gleichzeitigem Ausbau der Rechtsgarantien für den Angeklagten. Anscheinend will der neue Gesetzentwurf nichts anderes — doch hat der Gedanke eine Gestalt erhalten, die praktisch auf ein völlig anderes Ergebnis hinausläuft wie die Kadbruch'sche Vorlage, die allein den Forderungen einer demokratischen Strafgerichtsreform entspricht.

Wie ernst es der Bez. Heinze mit „der Heranziehung der Bevölkerung zur Mitwirkung bei der Rechtsfindung in Strafsachen“ ist, geht schon daraus hervor, daß sie alle Strafsachen, die bisher in die Zuständigkeit der Schöffengerichte fielen, einem Einzelrichter (Amtsrichter), der ohne Schöffen amtiert, zuweist. Für jeden, der in der Praxis Bescheid weiß, läuft die Bestimmung, daß die Staatsanwaltschaft in den genannten Strafsachen bei Erhebung der Anklage auf Hauptverhandlung vor dem Amtsrichter beantragen kann, darauf hinaus. Ebenso weiß aber auch jeder mit der Praxis Vertraute, daß bei der stark erweiterten Zuständigkeit der Schöffengerichte die überwiegende Zahl aller Strafsachen bei ihnen zur Aburteilung gelangen, was auch in der starken Abnahme der Beschäftigung der Strafkammern zum Ausdruck kam. Würde der Entwurf Heinzes in seiner jetzigen Fassung Gesetz werden, so würde dies also das genaue Gegenteil von dem bedeuten, was der Entwurf angeblich erstrebt. Die Beteiligung der Laien würde in der überwiegenden Zahl der Strafsachen, wenigstens in erster Instanz, ausgeschaltet werden. Dabei hat dieser Einzelrichter ungeheuerliche Kompetenzen. Er kann einen Menschen auf 5 Jahre ins Gefängnis schicken. Wie eigentümlich mußt es demgegenüber an, wenn die Begründung zum Entwurf des Gesetzes sagt, die Verhängung der Zuchthausstrafe könne nicht in die Hände eines Einzelrichters gelegt werden. Die ganze veraltete Ueberwertung des Zuchthaus spricht aus einer solchen Ueufierung.

Die gesamte Gestaltung des Entwurfs — das wird in der Begründung des öfteren hervorgehoben — ist geleitet von den Zwecken, in weitem Umfang finanzielle Einsparungen zu ermöglichen. Die Beurteilung durch den Amtsverhandlungen nach sich ziehen. Da in der Berufungsverhandlungen nach sich ziehen. Da in der Berufungsinstanz, auch nach dem Heinze'schen Entwurf, Laien sitzen, würden die Beurteilten in alter Regel ihre Sachen vor ein mit Laien besetztes Gericht ziehen. Die durch eine Steigerung der Tätigkeit der Berufungsstrafkammer, in der ja nach dem Entwurf sogar drei richterliche Beamte mitwirken sollen, entstehenden Kosten werden den Aufwand für die regelmäßige Heranziehung von Schöffen in der ersten Instanz bei weitem aufwiegen. Alles in allem ein gänzlich undemokratisches Justizexperiment. Weg damit!

Wenn die Heranziehung der Laien zu der Strafrechtspflege ehrlich gemeint ist und wirklich einen Zweck haben soll, dann muß das Gericht so besetzt werden, daß die Laien gegenüber den Berufsrichtern in der Mehrheit sind. Diese Forderung ergibt sich sowohl aus dem Verhältnis der Laienbeisitzer zu den Berufsrichtern wie aus dem Verhältnis des Volkes zum Gericht als ganzes. Der Entwurf läßt, wiederum unter Berufung auf die bereits erwähnte Notwendigkeit von Einsparungen, diese Forderung in den wichtigsten Punkten außer acht. Die kleinen Schöffengerichte, die den bisherigen Schöffengerichten entsprechen, in ihrer Betätigung aber durch die Einschlebung des erstinstanzlichen Amtsrichters ausgehöhlt sind, sollen in der alten Besetzung weiterbestehen. Für die großen Schöffengerichte aber, die die bisherigen Aufgaben der Strafkammern und teilweise sogar der Schwurgerichte übertragen bekommen sollen, ist eine Besetzung mit nur zwei Laien gegenüber drei Berufsrichtern vorgesehen. Gleiche Besetzung sollen für die Regel die Strafkammern haben, die künftighin nur noch als Berufungsgerichte gegen die Urteile der Amtsrichter, der kleinen und der großen Schöffengerichte tätig werden sollen. Soll für die Sozialdemokratie das Gesetz annehmbar sein, so muß aus dem oben erwähnten Gedanken heraus die Umkehrung des Verhältnisses von Berufsrichtern und Laien, wie sie auch in der Kadbruch'schen Vorlage vorgesehen war, vorgenommen werden.

Die bedeutendste Aenderung, die der Entwurf vorschlägt, ist die Beseitigung der Schwurgerichte. Der Name bleibt zwar erhalten. Was in dessen der Entwurf als Schwurgerichte bezeichnet, ist lediglich ein erweitertes großes Schöffengericht.

Das Schwurgericht ist eine in Deutschland seit langer Zeit sehr umstrittene Institution. In der eigentümlichen französischen Ausgestaltung, in der es das deutsche Recht übernommen hat, sah und sieht man noch jetzt vielfach ein Palladium der Freiheitsliebe, was in einzelnen süddeutschen Staaten in der Zuweisung der Pressedelikte an das Schwurgericht bis heute nachwirkt. In den breitesten Schichten des deutschen Volkes genießt das Schwurgericht dem auch unbestreitbar großes Ansehen.

In der heutigen Gestaltung des Schwurgerichtlichen Verfahrens liegen allerdings Mängel, die der objektive Beurteiler nicht verkennen kann, Mängel, die die große Gefahr eines Fehlurteils in sich tragen. Die strenge Trennung zwischen Geschworenentbank und Berufsrichtern führt häufig auch zu Ergebnissen, die dem Empfinden des Volkes sowohl als dem Willen der Geschworenen selbst zuwiderlaufen. Soll man dieser Mängel wegen nun die ganze Institution der Schwurgerichte beiseite lassen oder nicht vielmehr die Fehler, die ihr anhaften, zu beseitigen versuchen?

Oberster Leitsatz für die Strafgerichtsverfahren soll und muß die Erhaltung und Vertiefung des Vertrauens des Volkes zu seinen Gerichten sein. Es ist bedenklich, daß das Schwurgericht trotz der ihm anhaftenden Mängel im deutschen Volke ganz fest verankert ist und seine Sprüche wie die eines anderen Gerichts geachtet werden. Es beruht dies wohl darauf, und das deckt sich auch mit meiner Erfahrung, daß die zwölf Männer aus dem Volke, die bei entsprechender Wahrung ihrer Ausmaß sich aus den verschiedensten Schichten zusammensetzen, dem allgemeinen Rechtsempfinden zum Durchbruch verhelfen. Gerade auch in politischen Prozessen hat sich das bewiesen. Das Schwurgericht ist ein in jeder Beziehung vollstündliches Gericht, und wir wenden uns ganz entschieden gegen die Beseitigung dieser Institution, die ehemals, wie die Begründung sie nennt, ein Fremdkörper in der deutschen Rechtsentwicklung gewesen sein mag, heute aber tief im deutschen Recht und im Rechtsempfinden des deutschen Volkes verwurzelt ist. Nicht Beseitigung der Schwurgerichte, sondern Verbesserung ist die Forderung.

Die Mängel liegen im wesentlichen darin, daß die Geschworenen bei der Beantwortung der Schuldfrage sich selbst überlassen sind und bei der Entscheidung über die Straffrage nicht mitwirken dürfen. Dem ist un schwer abzuhelfen. Einmal durch die Vorschrift, daß einer der richterlichen Beisitzer die Geschworenen in das Beratungszimmer begleitet, um den Geschworenen in Zweifelsfällen die erforderlichen Rechtsauskünfte zu geben. Des weiteren durch die Bestimmung, daß der Obmann der Geschworenen nebst drei weiteren, von den Geschworenen aus ihrer Mitte gewählten Personen bei der Strafbemessung mitzubereiten haben, die dann die Wünsche der Geschworenentbank zur Geltung zu bringen vermögen. Die gesamte Geschworenentbank zur Beratung über das Strafmaß heranzuziehen ist zu schwerfällig und auch überflüssig. Schließlich läßt sich auch dem Einwand, daß die Heranziehung von jeweils 30 Geschworenen zu große Kosten verursache, durch eine Verminderung der Geschworenen auf 24 und auf ein vernünftiges, vor der Hauptverhandlung liegendes schriftliches Ausschließungsverfahren begegnen. Weil die Mängel leicht abzustellen sind, wird man sich gegen die Abschaffung der Schwurgerichte wehren. Dann aber auch, weil das, was der Entwurf an ihre Stelle setzen will, eine Halbheit schlimmster Art ist: Ein Gericht aus drei Berufsrichtern und 6 Laien, die gemeinschaftlich nach Art der Schöffengerichte das Urteil fällen. Der Entwurf behält für dieses Surrogat den Namen Schwurgericht bei, es hat aber gar nichts mehr damit zu tun. Der Charakter des Volksgerichts ist verschwunden, denn die Berufsrichter sind, wenigstens praktisch, ausschlaggebend, und die wesentliche Eigentümlichkeit des Schwurgerichts, wie es in fast allen europäischen Staaten besteht, die Rechtsfindung nach dem Empfinden des Volkes ist diesem neunköpfigen Kollegium genommen. Wohl mag diese neue Gerichtsform Ersparnisse ermöglichen. Sie werden aber auf Kosten des Vertrauens in die Rechtspflege gehen. Hände weg von dem deutschen Schwurgericht.

Noch manches ließe sich zu dem Entwurf sagen, was aber über den Rahmen dieser Betrachtungen hinausgeht. Hier war lediglich aufzuzeigen, daß der vorliegende Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Strafgerichte, der sich ein volksfreundliches demokratisches Mäntelchen umhängt, tatsächlich eine Verschlechterung der bestehenden Rechtslage im reaktionären Sinn zum Nachteil der proletarischen Schichten des Volkes bedeutet. Diese Erkenntnis aber muß zu der Forderung führen, der Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt schärfsten Kampf anzusetzen.

Die Tragödie des sozialistischen Pfarrers.

Von August Bieler.

Emil Felden, der bekannte sozialistische Pfarrer in Bremen, hat uns einen Roman geschenkt, der über das Niveau der schlichten Romanliteratur hinausragt, weil er weniger Roman ist als Schicksalstragödie eines Menschen, der bisher noch nicht als Problem, als Tragödie in der Literatur erfasst worden ist, nämlich der sozialistische Pfarrer, der Vertreter des religiösen Sozialismus als Pfarrer, als Bürger zweier Welten: Kirche und Sozialismus. So erhebt sich der Roman zu einer Anklage gegen die gegenwärtige Kirche, die, wenn der Geist ihres Stifters in ihr maßgebend wäre, gerade Verkünder des Evangeliums der Menschenwürde, Propheten der klassenlosen Gesellschaft, des Weltfriedens, des internationalen Reiches der Menschenverbrüderung aller, die guten Willens sind, begrüßen müßte als rechte, wahre Exponenten einer freien Volkskirche. Da sie das aber nicht ist, sondern abhängig von den Mächten des Kapitalismus, Rationalismus und geistigen Rückschritts, muß sie in Albert Reinting — so heißt Feldens Held — einen „abgeirrten Bruder“, einen gefährlichen Schwärmer erblicken, der Kirche und Vaterland schädlich ist, weil er der Bourgeoisie in Land und Stadt gefährlich wird. Deshalb kommt er schließlich in so starken Konflikt mit der Behörde, daß er vor die Wahl gestellt wird: Entweder Kirche oder Sozialismus, und nicht anderes kann, als dem heiligen Geist innerer Ueberzeugung folgen und der Kirche Lebwohl sagen aus Liebe zur Religion, zum Sozialismus.

Das ist die eine Seite der Tragödie. Die andere besteht darin, daß er trotz allen Kluges der Ueberzeugung, trotz allen Eintretens für das Proletariat nicht das Echo findet in der Arbeiterschaft, das er erwartet. Wohl verehrt man in ihm den Menschen, den, der aus der Klasse heraustragt, den Vortragsredner über Religion und Sozialismus. Aber in die Kirche kommen, abgesehen von einzelnen, die Massen nicht mehr, in der Gemeinde arbeiten sie nicht mit. Die Gleichgültigkeit gegen die Kirche ist zu groß. Da, sie lassen dieses Institut des Klassenstaates, trotzdem sie sie benutzen zu Amtshandlungen, zur Dekoration ihrer Familienfeste (Taufe, Trauung, Einsegnung), sie lassen die Kirche, weil alle bürgerlichen Kirchenmenschen auch die Literaten, organisierte Sozialisten, Klassenbewußte Arbeiter gar nicht wollen als Mitarbeiter, sondern lieber ohne sie die Kirche so lassen wie sie ist. So steht Albert Reinting einsam und verlassen und muß den Weg finden, den bisher noch jeder entschiedene Freund des Volkes hat gehen müssen. Los von der Kirche in freier Arbeit unter dem Volke, als Prediger religiöser Innlichkeit unter dem Proletariat, als Pionier einer neuen Kultur sozialistischer Gesinnung, brüderlichen Kulturfreude.

Wir gehen nicht fehl, wenn wir in diesem Buche eine Art Faust, ein Lebensbekenntnis, mit Herzblut geschrieben, erblicken. Aber es

Eine mysteriöse Geschichte. Ein gefälschtes Parteivorstands-Zirkular in einem Parteiblatt!

Der Parteivorstand schreibt uns:

Der Parteivorstand hatte am 6. Juli in einem nicht zur Veröffentlichung bestimmten Zirkular an die Bezirksorganisationen u. a. auch über Organisationseinrichtungen zum Schutze der Veranstaltungen und des Eigentums der Partei den Bezirksorganisationen Mitteilung gemacht. Anlaß dazu gab u. a. die Sprengung der Druckerei in Münster. Die „Dresdner Volkszeitung“ druckt in ihrer Nummer vom 17. Juli 1923 nicht nur ganze Teile des nicht zur Veröffentlichung bestimmten Zirkulars ab, sondern verfälscht Stellen des Zirkulars in das gerade Gegenteil.

So heißt es in der „Dresdner Volkszeitung“ u. a.: „Weiter teilt der Parteivorstand mit, daß die Schutz- und Abwehrorganisationen, die sogenannten „proletarischen Hundertschaften“, gleich Sachsen im ganzen Reich zu bilden sind, und zwar gemeinsam mit den Kommunisten.“ In Wirklichkeit heißt es in dem Zirkular: „Die Beratungen haben zu der Auffassung geführt, daß ein gemeinschaftliches Arbeiten mit den Kommunisten unmöglich ist. Mit Ausnahme einiger Bezirke in Sachsen ist dieser Auffassung im ganzen Reich Rechnung getragen.“

Wenn die „Dresdner Volkszeitung“ deshalb meint, daß diese in einigen Teilen Sachsens verbreitete Auffassung erst vom Parteivorstand bekämpft und dann als mustergültig für das Reich angesehen worden sei, so ist das falsch. Die in Dresden verübte Fälschung des Parteivorstandszirkulars dürfte in der Parteigeschichte einzig dastehen.

Soweit die Mitteilung des Parteivorstandes. Nach den Ermittlungen, die wir sofort in Dresden anstellten, hat die Redaktion in gutem Glauben gehandelt. Es kann ihr jedoch der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie reichlich und kritisch zu Werke gegangen ist.

Nichtwürdige Völkerverhetzung.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht unter der Ueberschrift „Der ewige Franzose“ einen Leitartikel, der mit folgenden ungeheuerlichen Sätzen beginnt:

Wenn der Franzose, der im öffentlichen Leben steht, den Mund aufst, läßt er. Auch wenn er's gar nicht nötig hat; auch wenn er schließlich nur sich selbst beissen kann. Ob man Mirabeau und Robespierre hört, Thiers oder Guizot, Millerand oder Poincaré — es ist immer ein und dasselbe.

Wenn der „Matin“ und ähnliches Pariser Presselichter im Kriege das ganze deutsche Volk als den Abschaum der Menschheit beschimpfte, so war diese Infamie nicht schlimmer als die jetzt von der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ verübt. Auch im schärfsten Abwehrkampf gegen die Politik des offiziellen Frankreich bleiben solche Ausschreitungen der Polemik verdammenswert und wirken sie nur als eine Selbstbeurteilung dessen, der sie verübt. Jeder gebildete Deutsche weiß, daß es zu allen Zeiten Franzosen gegeben hat, deren unerschrockener Wahrheitsmut auch aus Deutschen als Vorbild dienen kann. Daneben gibt es freilich auch in Frankreich schmutzige Gesellen, die im Dienst einer vom Großkapital gefauften Presse durch verheerende Lügen das Volk vergiften. Aber können wir — gerade nach der neuesten Leistung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ — behaupten, daß diese Sorte in Deutschland nicht zu Hause ist?

Antifaschistentag und Behörden.

Die zuständigen Behörden beschäftigen sich, wie eine Berliner Korrespondenz mitteilt, mit den Maßnahmen, die zu treffen sind, um die öffentliche Ruhe und Sicherheit bei den für den 29. Juli angekündigten antifaschistischen Demonstrationen der Kommunisten in Potsdam aufrechtzuerhalten. Nach Lage der Dinge und im Hinblick auf die auffallenden Aufrufe der Einberu-

fer ist mehr als das. Denn unter Redeworteln, Urteilsverweigerungen, bürokratischen Schikanen hat Hessen in Bremen nie zu leiden gehabt. Vielmehr ist das die Eigenart der preussischen Staatskirche, die offenbar glaubt dadurch Volkskirche zu sein, daß sie gerade die Pfarrer, die das Vertrauen der Arbeiter haben, mit solchen Maßnahmen beglückt.

Es ist also der Auffrei des religiösen Sozialismus an die Kirche: Wollt Ihr, daß die Arbeiter Euch ganz verloren gehen? der Appell an die Genossen: Wollt Ihr uns allein lassen? Schafft uns proletarische Gemeinden, denn der Sozialismus wird nur siegen, wenn er Religion ist.

Alle, die Ihr das wollt, greift zu dem Buche Feldens: „Albert Reintings Höhenflug“, Verlag Ernst Odenburg-Verlag, Ihr werdet es nicht bereuen.

Das Deutsche Theater erweiterte gestern das Publikum mit der fünfaktigen Komödie „Schneider Bibbel“ von Hans Müller-Schlösser. Der Sommerdirektor hatte den heutzutage überaus beliebten Einfall, mal von guten Schauspielern anfänglich Theater spielen zu lassen. Aufgebaut ist das unterhaltsame Stück auf einer lustigen Idee. Der Schneider Bibbel, dem wegen seiner im Saff gemachten großschönigen Aufseherungen der Boden Gefängnis ausgebrochen sind, überredet seinen Gefellen, die Strafe für ihn abzulösen. Da passiert etwas Unerwartetes. Der vermeintliche Schneider Bibbel stirbt im Gefängnis und der richtige rauft sich die Haare, weil er eigentlich und mit amtlicher Verschönerung zeitweilig tot ist. Dieser Stoff ist bühnenwirksam, späßig und mit Routine ausgeführt; die Zuschauer amüsieren sich aufs Angenehmste. Die Figuren sind überdies mit ihren kleinen menschlichen Schwächen lebenswahr gezeichnet und stellenweise karikiert. Den Schneider Bibbel stellte Paul Hendels dar, der uns als Regisseur des Stögliger Schloßparktheaters in bester Erinnerung ist. Mal war es der angepöbelte dramatisierende Wortheld, mal der verzweifelte Angstmeier, mal der autoritätssuchende Ehegann. Mit seinen durchaus echt wirkenden ungeschlachten Bewegungen war er von prächtiger Komik. Thea Rodiczinska gab die Frau Bibbel, eine lebende, betuliche Gattin mit hausbackenem, ganz für ihre Rolle passenden Humor. Georg Hilbert und Sophie Pagan talen das ihrige, den Abend zu einem gelungenen zu gestalten. Daß alles bestens klappte, dafür sorgte der Regisseur Ludwig Körner.

Der hungernde russische Student. Wie der Ost-Expres misdel, erhebt die Moskauer „Pravda“, das Zentralorgan der Russischen Kommunistischen Partei, in einem Leitartikel „Die Lage der proletarischen Studentenschaft“ bittere Klage über die schwere Notlage der russischen Studentenschaft, dergegenüber das Hungerleben der russischen akademischen Jugend vor dem Kriege geradezu rosa erschiene. Heute nähre sich der russische Student von Hering: Tee mit Zucker sei ein seltener Luxus. Somit sei der neue proletarische Student Rußlands unvergleichlich schlechter gestellt als ein mittlerer Arbeiter. Der Student habe weder eine menschenwürdige Bekleidung noch könne er Kleider und Schuhwerk in stand halten oder

der Kundgebung mühe, so heißt es in der Mitteilung, mit der Möglichkeit von Zwischenfällen gerade in Potsdam gerechnet werden, um so mehr, als bei dem starken Ausflugsverkehr nach der Hauptstadt am Sonntag der Zustrom unerwünschter Elemente nur schwer kontrollierbar ist. Hinzu komme noch die Wahrscheinlichkeit von Reibereien zwischen den linksradikalen Demonstranten und Angehörigen der Potsdamer Garnison, die ihren Sonntagsurlaub genießen und durch keinen Dienst in den Kasernen zurückgehalten werden. Man verfolge an zuständiger Stelle die kommunistischen Vorbereitungen mit aller notwendigen Aufmerksamkeit, namentlich auch im Hinblick auf die neueste Kundgebung der Reichsregierung gegen die Bürgerkriegsgehe.

Gegen den Separatismus!

Die drei Bezirke Nord- und Südbayern sowie die Pfalz des Deutschen Eisenbahnerverbandes haben am Sonntag, den 15. Juli, als erste Organisation grundförlig zu dem Vorstoß der Bayerischen Volkspartei und der bekannten Broschüre Rothmeier, die bayerischen Bahnen wieder zurückzuführen, Stellung genommen. Auf der Konferenz waren die Ortsgruppenleiter des Verbandes, Vertreter der Betriebsräte wie des Hauptbetriebs- und Hauptbeamtenrates anwesend. Dazu waren die Bezirksleiter von Sachsen, Baden und Württemberg und bayerische Land- und Reichstagsabgeordnete auf Einladung erschienen. Ferner hatte auch der Hauptvorstand einen Vertreter entsandt. Nach einem eingehenden Referat des Bezirksleiters Horstmer wurde folgende Entscheidung ohne Diskussion einstimmig angenommen:

Die heute, den 15. Juli 1923, in Nürnberg versammelten Ortsgruppenleiter und Funktionäre, sowie Vertreter des Bezirks- und Hauptbeamtenrates der drei Bezirke Nord- und Südbayern, sowie der Pfalz des Deutschen Eisenbahnerverbandes nehmen Stellung zu dem Vorstoß der Bayerischen Volkspartei und der Denkschrift des Landtagsabgeordneten Rothmeier bezüglich der Rückforderung der bayerischen Eisenbahnen.

Die Konferenz kommt nach eingehender Beratung zu der Schlussfolgerung, daß weder von volkswirtschaftlichen, noch von politischen, noch viel weniger aber vom Standpunkt des Personals aus eine Rückforderung der Bahnen notwendig oder vertretbar ist. Die Abtrennung der bayerischen Bahn von der Reichsbahn würde in jeder Hinsicht schädlich wirken.

Sowohl in volkswirtschaftlicher Beziehung, namentlich auf tariflichem Gebiet, Änderungen notwendig sind, kann und muß ihnen auch im Rahmen der Reichseisenbahnen Rechnung getragen werden.

Vom politischen Standpunkt aus betrachtet die Konferenz den Vorstoß der Bayerischen Volkspartei als ein Glied in der Kette separatistischer Bestrebungen bayerischer Störer der Reichseinheit, die auf die Wiederaufrichtung der Monarchie in Bayern hinarbeiten.

Die Konferenz stellt einmütig auf dem Boden republikanischer Reichseinheit und sie tritt aus diesem Grunde jedem Versuch, diese zu stören, mit aller Entschiedenheit entgegen.

Vom Standpunkt des Personals aus betrachtet kommt die Konferenz zu der Schlussfolgerung, daß eine bayerische Eisenbahnverwaltung dem Personal sicher auch nichts Besseres geboten hätte, als wie die Reichsverkehrsverwaltung. Das bayerische Personal hat die Schikanierung der Gewerkschaften durch die bayerische Regierung früherer Zeiten noch nicht vergessen. Es wird deshalb in seinem ureigenen Interesse dem geplanten Versuch, es wieder unter die Botmäßigkeit der Bayerischen Volkspartei zu bringen, mit den schärfsten Mitteln entgegenzutreten.

Noch eine Bischofsunterwerfung. Der Bischof Joannil, der wegen seiner konterrevolutionären Tätigkeit vor einiger Zeit in Detmold inhaftiert wurde, ist laut Verfügung des dortigen Staatsanwalts aus dem Gefängnis entlassen worden. Die Befreiung steht im Zusammenhang mit einem Schreiben des Bischofs, das er aus dem Gefängnis an die Behörden gerichtet hat, und in welchem er letztere versichert, daß er seine Tätigkeit in Zukunft gemäß den Befehlen der Sowjetregierung ausüben wird, und daß er alle Versuche der inneren und äußeren Konterrevolution, die auf die Wiederverwertung der Sowjetmacht gerichtet sind, verurteilt. Sein Schreiben schließt der Bischof mit folgenden Worten: „Ich werde die konterrevolutionären Strömungen innerhalb der Geistlichkeit mit aller Entschiedenheit bekämpfen, da ich jetzt überzeugt bin, daß jede konterrevolutionäre Handlung einen Schatten auf die Kirche wirft.“

Die Badeanstalt besuchen; auch die unentbehrlichen Bücher vermöge er sich nur mit größter Mühe zu beschaffen. Angesichts dieser Lage bestehe die Gefahr, daß der heranreifende akademische Nachwuchs ein körperlich liches Geschlecht und jedes Wortes für die kommunistische Führerschaft bar sein werde. Zudem bestünde noch die Befürchtung, daß die studentische Jugend infolge der erlittenen sozialen Unbill den Arbeitermassen entfremdet und einer inneren Umwandlung entgegengetrieben werden könnte.

In der Werkstatt des Duftes. Die Blumenblüte führt jetzt auch, wie alljährlich, die Zeit herauf, da man die Stoffe zur Bereitung der Parfüms erntet. Ein Mittelpunkt dieser Duftindustrie ist die kleine Stadt Grasse, die von Gärten umgeben ist, soweit das Auge sehen kann. All diese Gärten sind erfüllt mit den verschiedensten Blumen, und hunderte von Frauen liegen in diesen Tagen der Arbeit des Blumenpflücker ob; Tag für Tag werden ganze Wagenladungen von Jasmin, Flieder, Rosen, Veilchen, Orangenblüten, je nach der Jahreszeit, aus der Stille der Gärten in die Fabriken übergeführt.

Von großer Wichtigkeit bei der Bereitung der Parfüms ist es, daß der Duft aus der Blume gezogen wird an dem Tage, an dem sie geschnitten ist. Schon der nächste Tag wäre zu spät, der zarte Geruch wäre entflohen. Jehntausende Kilogramme von jeder Blume gelangen täglich in die Werkstätten des Duftes. Die Behandlung ist bei den verschiedenen Blumen verschieden. Aber wie große Mengen verarbeitet werden, geht schon daraus hervor, daß 2000 Kilogramm Weiden nötig sind, um ein einziges Kilogramm Veilchenessenz herzustellen. Manche Blumen werden dem Verfahren der Destillation unterworfen; andere werden mit Alkohol behandelt. In manchen Fällen werden die Blumen vollkommen aufgelöst, die Blüten sorgfältig von den Stielen entfernt und in flache Glasschalen geworfen, die mit einer besonderen Art Fett ausgeschmiert sind. Dieses Fett zieht den Duft aus den Blüten; es wird nachher eine stark duftende Pomade aus den Schalen entfernt, und mit Hilfe von Alkohol wird dann der Duft aus der Pomade in die richtige Blumenessenz verwandelt. Wo verschiedene Blumenarten zur Herstellung eines Parfüms verwendet werden, ist das Verfahren noch komplizierter.

Außer den einheimischen Blumen gelangen Schätze aller Welt in die Werkstatt des Duftes. Bulgarien liefert Rosenessenz, Sizilien das Bergamottensöl, die Burbonischen Inseln spenden Geraniumessenz, und Manila die Essenz von Ylang-Ylang. Auch Tiere müssen zu der Duftbereitung beitragen; die Moschusochsen aus Tibet liefern den Moschus, und das „Ambra“ stammt von dem Pottwal. Nicht nur bei den Weinen unterscheidet man gute und schlechte Jahrgänge, sondern auch bei den Parfüms, und bald liefert die eine, bald die andere Blume in einer Saison feineren und stärkeren Duft als in der anderen.

Neue Oelquellen in Venezuela. Zwei besonders ergiebige Oelquellen sind in Los Flores in Maracaibo und in La Rosa in Venezuela entdeckt worden. Bei der letztgenannten Quelle brach das Oel aus 500 Meter Tiefe mit solcher Gewalt hervor, daß der gesamte Bohrerapparat herausgeschleudert und die ganze Umgebung überschwemmt wurde. Mehrere Tage lang sprudelte das Oel in einer fast 100 Meter hohen Säule aus der Erde.

Mehrheit für das belgische Militärgesetz.

Brüssel, 19. Juli. (WZ.) Die Kammer genehmigte mit 76 gegen 69 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen den Artikel des Militärgesetzes, welcher eine Verlängerung der Dienstpflicht um zwei Monate während der Dauer der Ruhrbefehung vorsieht.

Der Senat nahm mit 74 gegen 55 Stimmen bei fünf Enthaltungen den Gesetzentwurf über die Unversität Gent an.

Patrick Hastings als Verteidiger Deutscher.

London, 19. Juli. (WZ.) „Daily Chronicle“ zufolge ist das Parlamentsmitglied Patrick Hastings gestern nach Deutschland abgereist, um die Verteidigung gefangener Deutscher vor französischen Kriegsgerichten zu übernehmen.

Patrick Hastings ist einer der berühmtesten englischen Rechtsanwälte. Er ist Mitglied der Arbeiterpartei und als solcher bei den letzten Unterhauswahlen als Arbeiterkandidat gewählt worden.

Bekanntlich haben sich seinerzeit unsere französischen Genossen Léon Blum, Jules Uhr und Audie Le Troquer sofort zur Verfügung gestellt, um die Eisenbahnergewerkschaftsführer in Mainz, Roth, Beder und Genossen zu verteidigen. Leider waren ihre Bemühungen an der Sabotage der französischen Militärgerichtsbehörden gescheitert, die ihnen den Verhandlungstermin erst bekanntgaben, als das Urteil gefällt war!

Gemäßigte Töne des „Matin“.

Paris, 19. Juli. (WZ.) Der „Matin“ veröffentlicht auf seiner ersten Seite eine Notiz über die Reparationsfrage, in der zweifellos die Meinung maßgebender französischer Kreise zum Ausdruck kommt und in der man infolge dessen einen Versuch erblickt, vor dem man sich eine gewisse Einwirkung auf das englische Kabinett, vielleicht sogar noch auf die heute bevorstehende endgültige Formulierung des Entwurfs für eine gemeinsame Antwort der Alliierten an Deutschland zu versprechen scheint. Diese Note bezeichnet es als ihren Zweck, zu prüfen, was „einer allgemeinen Verständigung der Alliierten hinderlich zu sein scheint.“

Die Note beschäftigt sich zunächst: 1. mit dem Wunsch nach der Festsetzung einer Gesamtsumme für die deutsche Verschuldung und den Operationen zur Mobilisierung dieser Schulden. Der „Matin“ gibt als praktische Lösung dieser Frage an, im Augenblick sich nur mit denjenigen Summen zu befassen, die zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete unmittelbar notwendig sind, d. h. 26—30 Milliarden Goldmark für Frankreich und 4—5 Milliarden Goldmark für Belgien und die übrigen Geschädigten, wozu in der Form von Annullitäten die Ausgleichszahlung für die von England gegenüber den Vereinigten Staaten zu leistende Jahressumme treten würde. Auf diese Weise würde man in den ersten 10 bis 15 Jahren zu einer Gesamtsumme von 35—40 Milliarden kommen.

Des Weiteren beschäftigt sich der „Matin“ mit der Frage der Sachverständigenkommission und meint, von dem Augenblick an, in dem die endgültige Bezahlung der deutschen Verschuldung um 10 oder 15 Jahre verschoben würde, könnte nicht die Rede davon sein, daß diese Sachverständigenkommission das Recht habe, die französische Forderung zu reduzieren. Schließlich befaßt sich der „Matin“ mit den Garantien. England würde sich der Mittelung der Alliierten an Deutschland anschließen, daß die Fortsetzung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet sowohl eine Abänderung in der Form der Befehung als auch eine Aussprache über das Reparationsproblem unmöglich mache. Der Augenblick scheint nicht geeignet, um bereits jetzt über eine rheinische Verfassung zu beschließen, die die Sicherheit Frankreichs garantieren würde. Jedoch sei der Augenblick dafür geeignet, um Deutschland dazu zu zwingen, sich der Wiederaufnahme einer eingehenden und wirksamen Kontrolle seiner Rüstungen zu unterwerfen, damit der gegenwärtige Zustand nicht andauere und das Deutsche Reich sich widerstandslos auf den Krieg vorbereite. Wenn diese allgemeinen Gesichtspunkte in London in dem Begleitschreiben und den Entwürfen einer Antwort an Deutschland erwogen würden, schließt der „Matin“, dann könne man annehmen, daß nach eingehenden eingehenden Unterhaltungen eine Einigung nicht ausgeschlossen sei. Der „Matin“ fügt hinzu, daß aufrichtige Freunde Frankreichs eine durchaus persönliche Zusammenkunft zwischen Poincaré und Baldwin zu einer Unterhaltung über ihre Standpunkte vorge schlagen hätten.

Starker Eindruck der Wahl Johnsons

Frankfurt, 19. Juli. (WZ.) Nach einem New Yorker Funkbericht der „Frankfurter Zeitung“ hat der Sieg des Sozialisten Johnson, der mit einer Mehrheit von 90 000 Stimmen gegen den republikanischen Kandidaten in den Senat gewählt wurde, in der Öffentlichkeit einen starken Eindruck gemacht. Die Hauptursache sehen viele in der Unzufriedenheit der Farmer, die sich in dieser Weise äußerte. Manche Zeitungen fordern den Präsidenten Harding auf, kräftiger als bisher in die europäischen Wirren einzugreifen, damit dadurch der Abfall in den schwachen Ländern gebessert werde.

Der tschechoslowakische Militärlieutenant in Berlin, Oberst Sondl, ist im Hotelzimmer in Paris, wo er auf Urlaub weilte, tot aufgefunden worden. Für die Annahme eines Selbstmordes oder Verbrechens liegen Gründe nicht vor.

Der französische Senator De Monle tritt am 21. Juli eine Studienreise nach Rußland an; er ist wiederholt als künftiger Volksherr Frankreichs bei der Sowjetrepublik genannt worden.

Devisenkurse.

	19. Juli		17. Juli	
	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Brief) Kurs	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Brief) Kurs
1 holländischer Gulden	85386.—	85914.—	85886.—	85914.—
1 argentinische Papier-Peso	74812.80	75187.50	74812.80	75187.50
1 belgischer Franc	10573.50	10626.50	10573.50	10626.50
1 norwegische Krone	85511.—	85689.—	85511.—	85689.—
1 dänische Krone	88304.—	88496.—	88304.—	88496.—
1 schwedische Krone	87855.—	88145.—	87855.—	88145.—
1 finnische Mark	5985.—	6015.—	5985.—	6015.—
1 japanischer Yen	—	—	108735.—	108265.—
1 italienische Lire	9306.50	9383.50	9383.50	9383.50
1 Pfund Sterling	997500.—	1002500.—	997500.—	1002500.—
1 Dollar	217455.—	218545.—	217455.—	218545.—
1 französischer Franc	12768.—	12892.—	12768.—	12892.—
1 brasilianischer Milreis	—	—	23142.—	23258.—
1 Schweizer Franc	37907.—	38095.—	37905.—	38095.—
1 spanische Pseta	31122.—	31278.—	31122.—	31278.—
100 österr. Kronen (abgek.)	811.22	812.78	811.22	812.78
1 schwedische Krone	6503.50	6538.50	6503.50	6538.50
1 ungarische Krone	24.96	25.07	24.93	25.07
1 bulgarische Leva	1995.—	2005.—	1995.—	2005.—
1 jugoslawischer Dinar	2354.—	2366.—	2354.—	2366.—

Der 92jährige in der Untergrund.

Höflichkeit war nie meine Sache, — wenigstens nicht das, was man so nennt. Ich bekenne mich schuldig, manches Fräulein, das bei ihrer nächtlichen Heimfahrt nach anstrengendem Amüsement vergebens mit Augenrollen um einen Sitzplatz flehte, auf ihren hohen Stöckelschuhen zappeln gelassen zu haben. Doch habe ich auch manchmal humane Abwandlungen, wenn Frauen mit Kindern sich durch das Gedränge der Untergrundbahn zwängen und die Talmi-Gents aller Herren Länder entrüftet die Anwesenheit solchen Verkehrsballastes ignorieren.

Eine solche Art Höflichkeitsschwandlung war es, die mich veranlaßte, neulich auf der Untergrundbahn einem hochgewachsenen Greis Platz zu machen, von dem man wohl glauben mochte, daß er die Grenze der Sechzig überschritten hatte und daß seine Gesundheit unter der Teuerung des Lebensbedarfes noch einen Stoß erhalten habe. Grenzlos verbüßt war sein Gesicht, als ich ihm meinen Platz anbot. „Das ist eine Wohltat,“ sagte er, und als ich abmante, wurde er gefächelt. „Wenn man 92 Jahre alt ist, verträgt man das Stehen nicht mehr.“ Er erzählte mir, daß sein rechtes Auge erblindet, sein anderes getrübt sei. Da er sonst noch einen munteren Eindruck machte, wunderte ich mich darüber. „Auch Eisen, das neunzig Jahre alt wird, rostet.“

92 Jahre — das er mir sein Alter nannte, war der schönste Dank, den er für eine anspruchslose Gefälligkeit erstaten konnte. Wie wenige Menschen, die im Trübel der Großstadt leben, werden so alt. Und dieser hat in einem Alter, wo über Millionen andere sich längst der Rasen gebrüht hat, noch den ganzen Fluß einer aus den Fugen gehenden Zeit erlebt. Mit dem Vermögen, das er vor dem Kriege besaß, hätte er glänzend leben und andere unterhalten können. Heute sind seine zwei Millionen, die man einst großen Reichtum nannte, die larme Nahrung eines Monats. Er schritt in die zehnte Defade seines Lebens, als er diese Zerstörung einer vielleicht mühevollen langjährigen Arbeit durchmachte. Mit 85 Jahren wird er noch in der Droschke oder im Auto durch Linden und Tiergärten gefahren sein.

Heute sitzt er in der Untergrundbahn, dritter Klasse. Im zehnten Jahrzehnt seines Lebens jagt er Geschäften nach, die ihm helfen sollen, den Rest seiner Tage kümmerlich zu fristen. Verflüßten ist sein Gewand, weiß sein Haar. . . .

Warum ist das Brot so schlecht?

Eine Erwiderung auf viele Zuschriften.

Auf unseren Artikel „Warum ist das Brot so schlecht?“ sind uns von verschiedenen Seiten Erwiderungen zugegangen, die sich gegen den vermeintlichen Vorwurf wenden: „Bei der Annahme eines einwandfreien Materials“ müßten die Broterzeuger schuld sein. Der Nachdruck liegt in dem Worte Annahme. Daß die Ernte des vergangenen Jahres verregnet war, ist bekannt. Es ist aber auch bekannt, daß der eine Bäcker besseres Markenbrot herstellt als der andere. Ob der einzelne frischer bei der Abnahme des gelieferten Mehls ist, ob er bessere Lagerungsmöglichkeiten und eine bessere Technik in der Verarbeitung hat, soll hier nicht weiter untersucht werden. Daß das Mehl von nicht guter Qualität ist, davon haben wir uns selbst überzeugt.

Der Kernpunkt der Frage ist: Wissen die Bäcker, daß eine große Beunruhigung in den Kreisen des auf Markenbrot angewiesenen Publikums besteht über das immer schlechter und unbelohnlicher werdende Brot und warum wenden sie sich, wenn sie das wissen, nicht an die Arbeiterpresse, die doch das berufene Organ zur Aufklärung des Volkes ist. Haben sie durch die Großhändlerpreise alle Fühlung mit der breiten Masse verloren? Es wäre gerade Aufgabe unserer Genossen aus den Bäckereibetrieben, daß sie durch die sachmännliche Aufklärung versuchen, die Arbeiterschaft zu beruhigen. Daß aus einem Mehl, das nichts taugt, kein gutes Brot werden kann, ist auch Nichtfachmännern bekannt.

In spätestens drei Monaten haben wir auch auf dem Gebiete der Broterzeugung das von den Brgerlichen herbeisehnte „Spiel der freien Kräfte“, und wir werden sehen, ob dann das Brot eine, seinem horrenden Preis entsprechende Güte haben wird.

Auf der Bahn des Verbrechens.

Ein geborener Hochstapler und Lügner.

Betrügereien, Diebstähle und Schwindelereien lagen einer Anzeige zugrunde, die vor der 1. Ferienkammer des Landgerichts I gegen den Kaufmann Wilhelm Koppstadt zur Verhandlung gelangte. Koppstadt, der aus guter Familie stammt, befindet sich schon seit frühester Jugend auf der Bahn des Verbrechens und hat bereits mit 16 Jahren als Gymnasiast in Goldwaren-Geschäften Uhren und Ringe gestohlen. Obwohl ihm damals Bewährungsfrist eingeräumt worden war, hat er bald darauf neue strafbare Handlungen begangen. Er ist von den verschiedensten Gerichten Deutschlands wegen Diebstahls, Hehlerei, Unterschlagung und schwerer Urkundenfälschung verurteilt worden. Jetzt stand er wieder wegen nicht weniger als 10 strafbaren Handlungen vor Gericht. Nachdem Koppstadt seine letzte Gefängnisstrafe verbüßt hatte, suchte er das Asyl für Obdachlose auf, gab sich für einen schwer verwundeten Fliegeroffizier aus und vermochte einen Landarbeiter unter dem Vorgeben, daß er mit ihm viel Geld verdienen könne, zur Herabgabe seiner Sachen zu verleiten. Mit den Sachen verschwand Koppstadt alsbald. Er ist dann nach einiger Zeit als Dr. med. Höpner aufgetaucht. Durch seine Schwindelereien hatte er es verstanden, sich wieder große Geldmittel zu verschaffen, die es ihm ermöglichten, elegant aufzutreten. In der Quastur der Universität stahl er das Anmeldebuch eines Studenten und setzte in dasselbe den Namen Joachim Eugen Weinmeyer. Unter diesem Namen hatte der Angeklagte schon früher häufig Betrügereien begangen. Jetzt trat er als Dr. med. von Weinmeyer auf. Am Zirkus Busch nahm er an einer geführten Reiterin eine Untersuchung vor. Auch den Sohn seines Vorgesetzten brachte er zu einer Untersuchung nach dem hygienischen Institut und gab diesem in Abwesenheit eines ihm bekannten koreanischen Arztes Einsprichungen mit Alkohol. Das Vertrauen, das er bei seinem Wirt als angeblicher Arzt genoss, benutzte er, um diesem mehrere Goldstücke abzuschwindeln, die er angeblich günstig verkaufen konnte. Nachdem er auch aus einem Schrank allerlei gestohlen hatte, verschwand er. Der auf Antrag des Verteidigers Dr. Kremm gefundene Medizinalrat Dr. Thiele bezeichnete den Angeklagten als einen geborenen Hochstapler und krankhaften Lügner. Es handelte sich um einen Grenzfall der Unzurechnungsfähigkeit. § 51 trifft aber auf den Angeklagten nicht zu. Das Gericht verurteilte Koppstadt zu zwei Jahren Gefängnis. Gegen den Angeklagten schweben noch weitere Anklagen sowohl in Berlin als auch beim Landgericht in Stuttgart.

Der Silberstahl im W.C.

Bei einem Fortmeister in der Provinz wurde kürzlich eingebrochen und für 80 Millionen Tafelsilber gestohlen. Auch die hiesige Kriminalpolizei wurde davon benachrichtigt. Sie ermittelte den Täter in einem 24 Jahre alten jungen Mann, der in Beziehungen zu einer früheren Hausangestellten des Fortmeisters stand. Der junge Mann hatte seine Geliebte in deren Stellung überführt und zufällig bei einer Geburtstagsfeier in der Familie auch den Silberstahl gesehen. Er hatte daraufhin, ohne daß seine Geliebte es ahnte, die Gelegenheit zu dem Einbruch ausgenutzt. Schloß und dann das Silber nach Berlin gebracht. Eine Hausdurchsuchung bei dem Verhafteten blieb erfolglos. Die Beamten

stellten aber fest, daß er einen Teil an eine Verkaufsstelle bereits verkauft hatte. Den Rest entdeckten sie in der Wohnung seiner Geliebten, wo der Einbrecher ihn ohne Wissen des Mädchens unter dem abgeschraubten Klosettdeckel versteckt hatte. Die Beute wurde für der Bestohlenen beschlagnahmt.

Maßlose Übertreibungen.

Aus Friedrichshagen wird uns mitgeteilt, daß dort Gerüchte zirkulieren, wonach bei dem furchtbaren Sturm am letzten Sonntag mehr als 40 Personen im Rüggeesee ertrunken seien; annähernd 20 Tote seien in den letzten Tagen in Rahnsdorf angeschwemmt worden.

Wir haben uns bei dem Polizeirevier in Friedrichshagen nach der wirklichen Zahl der als tot bzw. vermisst Gemeldeten erkundigt. Danach hat das Gerücht, wie so oft in solchen Fällen, wieder einmal maßlos übertrieben. Es sind im ganzen fünf Tote und fünf Vermisste gemeldet. Von den angeblich bei Rahnsdorf gelandeten Leichen ist nichts bekannt. Selbst wenn man annimmt, daß nicht alle Vermissten gemeldet sind, kann doch nicht die oben genannte Zahl erreicht werden. Immerhin sind auch 10 Tote und Vermisste für einen Sonntag auf einem einzigen See in der Umgebung Berlins reichlich viel. Unlös zu diesen übertriebenen Gerüchten hat zweifellos die große Zahl von Bootsunfällen gegeben, von denen der größte Teil glücklicherweise noch glimpflich verlaufen ist.

Försters „Freude“!

Zu den Ausführungen in Nr. 330 schreibt uns ein Leser: „Es wird Sie interessieren, daß es sich im vorliegenden Falle nicht um staatliche Förster handelt, sondern um Förster der Stadtgemeinde Berlin. Die Ködliner Forst gehört nämlich zusammen mit der Albersdorfer Gemarkung der Stadt Berlin. Die Stadt Berlin beschäftigt dort zwei Forstbeamte. Keines Erachtens ist es Pflicht des Magistrats Berlin, sich des Falles ganz energisch anzunehmen. Keinesfalls haben die Bernauer Forstbeamten das Recht, die gesammelten Bilze oder Beeren zu zertrampeln. Was der kleinen Stadtgemeinde Bernau möglich ist, durchzuführen, wird doch hoffentlich auch der Magistrat Berlin können, nämlich seinen Forstbeamten den Schluß beizubringen, der zur Ausübung ihres Amtes notwendig ist, oder sie davon zuzugest.“

So ist's recht! Gegen 11 Uhr nachts wurde der Dreher Paul Geride aus der Worsdener Str. 89 in der Viktoriastraße in Lankwitz von zwei Männern überfallen. Als Geride sich energisch zur Wehr setzte, ertriffen die beiden Strahenräuber die Flucht. Sie wurden von G., mehreren Passanten und zwei Reichsbahnpolizisten verfolgt, doch gelang es nur, einen der Burschen festzunehmen. Er wurde zur Wache geführt und hier als der 39 Jahre alte Werkzeugmacher Fritz Ringer aus der Gabelsbergerstr. 42 in Wilmersdorf festgesetzt.

Kolonie Rast. Im „Vorwärts“ Nr. 275 vom 15. Juni hatten wir über eine Falschmünzergesellschaft berichtet. Der Verteidiger des Angeklagten Rast, Rechtsanwalt Dr. Siegfried Aron, sendet uns eine Berichtigung, die sich auf die persönliche Betätigung seines Mandanten bezieht. Er schreibt: „Obwohl mein Mandant es für seine Unehre hält, zu dem Polizeiführer Dorenbach in Beziehungen gestanden zu haben, ist die Behauptung, daß Fritz Rast zu Dorenbach irgendwelche Beziehungen gehabt hat, unrichtig. Fritz Rast hat Dorenbach persönlich überhaupt nicht gekannt. Fritz Rast war ferner niemals Verhandlungsmann zwischen Eichhorn und der KPD. Von dem Ausbruch der Revolution an bis zum heutigen Tage hat mein Mandant weder persönlich noch schriftlich mit Eichhorn zu tun gehabt.“

Herr Fritz Rast war niemals Delegierter der KPD. für irgendeinen Kongreß der 3. Internationale. Zur Zeit des Kongresses der 3. Internationale befand sich mein Mandant in Deutschland. Seit 1919 ist Herr Fritz Rast nicht mehr Mitglied der KPD., sondern gehört der KPD. an.“

Neue amtliche Wanderkarte des Sauerlandes im Maßstab 1:75 000. Die Landesaufnahme hat eine neue Karte des Sauerlandes herausgebracht. Sie wird den ungeteilten Verkauf aller Touristen, besonders der wandernden Augen finden. Von den 10 Blättern des ganzen Kartenwerks sind bisher 6 erschienen, und zwar die Blätter: 1. Eibersfeld, 2. Herteln, 3. Arnsberg, 4. Brilon, 6. Mittendorf und 7. Pörsberg. Die Blätter 5. Aidenfeld, 8. Waldbrohl, 9. Siegen und 10. Warburg werden demnächst erscheinen. Die Karte ist in drei Farben ausgeführt: Grundriß schwarz, Gewässer blau, Gelände in braunen Bergstrichen. Die Orte, in denen sich Jugendherbergen befinden, sind blau unterstrichen. Der Grundpreis des einzelnen Kartenblattes beträgt 1,20 M.; die Schlüsselzahl ist vom 15. bis 31. Juli 6000. Die Karte ist in allen Buchhandlungen zu haben. Amtliche Hauptvertriebsstelle ist die Verlagsbuchhandlung R. Eifenschmidt, Berlin NW. 7, Dorothienstraße 60.

Eine Arbeiterausstellung mit eigener Note wird heute in der Schule Sonnenburger Str. 20 anläßlich der Arbeiterparteiwoche des Bezirksstadts Brenzlaue Berg eröffnet. Die Ausstellung umfaßt: Naturwissenschaft, das Wandern, Naturschutz, Berg- und Winterport, Touristenheime, gute Bücher, die wieder Krieg, Volksgesundheit, heimatische Photographie, Alkoholfrage, Erste Hilfe. — Aussteller sind: der Touristenverein „Die Naturfreunde“, Arbeiterabstinenzbund und Verband für Volksgesundheit. Bis einschließl. 26. Juli ist diese Ausstellung täglich von 6 bis 9½ Uhr nachmittags geöffnet. Eintritt frei. Der Besuch ist allen Genossen zu empfehlen.

Der Meinesche Männerchor Berlin 1906 (V. d. V. 2333) veranstaltet am Freitag, den 20. Juli, abends 7½ Uhr, ein öffentliches, unentgeltliches Konzert auf dem Brunnplatz vor dem Amtsgericht. Zum Vortrag kommen Kunst- und Volkslieder.

Eisenbahnunglück. Am 17. Juli 4 Uhr früh fuhr im Bahnhof Keißlich der Strecke Breslau—Berlin der Güterzug 6202, verunfallt infolge Ueberfahrens des Einfahrtsignals, auf den auf Gleis I stehenden Güterzug 5814 auf. Achtzehn Wagen wurden stark beschädigt. Ein Viehbegleiter und ein Schaffner wurden leicht verletzt. Der Personenzugverkehr in der Richtung Riegeln erlitt gar keine Verpütung, in der Richtung Sagan eine solche von 80 Minuten. Im übrigen wird der Betrieb durch Umleiten im Bahnhof Keißlich aufrechterhalten.

Der größte deutsche Dampfer. Der auf der Schichau-Werft in Danzig für den Norddeutschen Lloyd in Bau befindliche und nunmehr vor der Bollendung stehende Dampfer Kolumbus wird seine erste Ausreise nach Amerika am 11. Oktober antreten. Schon jetzt liegen aus Deutschland und Amerika zahlreiche Anfragen für die erste Fahrt dieses größten deutschen Handelsdampfers vor.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

12. Kreis. Tempelhof, Marienbart, Marienfelde und Nichtenrade. Die Parteigrößen werden abends, die für die am Freitag des Gemeindefestes am Sonntag, den 20. Juli, im Bismarckpark, Tempelhof, Montaukstr. 12. stattfindende Festfeier, die Besonderen Spenden an Geld- und Sachwerten (Bücher, kleine Kunst- und Gebrauchsgegenstände, Nahrungs- und Genussmittel usw.) beim Festausflug und den unten genannten Genossen abzugeben. Tempelhof: Wolf Hellmann, Rastler-Wilhelm-Str. 21. Marienbart: Wil. Schwara, Rastlauerstr. 98. Marienfelde: Emil Köhler, Berliner Straße 47. Nichtenrade: Hermann Köhler, Alte Schule, Dorfkraut.

9. Abt. Heute Freitag, abends 8 Uhr: Sehr wichtige Funkländerversammlung bei Hübler, Wilmersdorfer Str. 94.

121. Abt. Am Sonntag, den 22. Juli, findet unser Sommerfest im Bärenberg, Raulsdorf-Geb. statt. Die Genossen mit Familien treffen sich um 2 Uhr am Bahnhof.

127. Abt. Reichsleiter-Ort. Heute Freitag, abends 8 Uhr: Funkländerkongress im Grodab. Die in den Bezirken gewählten Mitglieder der kommunalen Ausschüsse müssen ebenfalls erscheinen. Jeder Bezirk muß wegen der am Sonntag und Montag stattfindenden Wahl vertreten sein.

Gewerkschaftsbewegung

Um den wertbeständigen Lohn.

In einem großzügig angelegten Vortrag behandelte Dr. Lucharski vom ADGB, gestern Abend im Gewerkschaftshaus in einer gemeinsamen Plenarsitzung der Delegierten der Gewerkschaftskommission und des ADGB-Bundes das Problem der Wertbeständigmachung des Lohnes. Der Redner beleuchtete recht anschaulich die Ursachen unserer jetzigen ungeheuren Preisentwicklung vom wirtschaftspolitischen Standpunkt aus. Ein richtiges Verstehen der vielfältigen Dinge sei nur möglich, wenn man die Weltwirtschaftslage in Betracht ziehe, weil ja die nationalen Wirtschaftskrisen immer international ineinander greifen. Die Weltproduktion sei um etwa 25 bis 30 Proz. gegenüber der Vorkriegszeit zurückgefallen. Demgegenüber stehe auch eine bedeutende Verfeinerung des Verbrauchs.

Der deutschen Wirtschaft sei es gelungen, die Produktion so in die Höhe zu bringen, daß sie den Stand von Anfang 1914 fast wieder erreicht habe. Das Gerede vom Zehren von der Substanz der Wirtschaft müsse darum als ein großer Schwund bezeichnet werden. Gesunken sei die Lohnquote, während sich Ein- und Ausfuhrüberschuss im Jahre 1922 ungefähr die Waage hielten. Wenn, wie beispielsweise im Dezember vergangenen Jahres, die Einnahmen des Reiches nur noch ein Viertel des Bedarfs betragen und man das Konto durch vermehrte Notendruck zu beheben suche, so bedeute das nichts weiter als eine ungeheure Verschlechterung unserer Finanzlage. Zu dem katastrophalen Verfall der Mark trage sehr wesentlich die Steuerdrückergerei der Besitzenden in Deutschland bei. Schon seit langem sei eine Flucht vor der Papiermark zu verzeichnen. Auf dem Warenmarkt sei die Goldmarkberechnung fast überall eingeführt und der Geld- und Kreditmarkt gehe neuerdings die gleichen Wege. Eine Ausnahme mache in dieser Beziehung nur die Reichsbank, die immer noch Kredite zu dem äußerst geringen Diskontsatz von 18 Proz. gewähre. Dadurch werde die Marktbaisse finanziert und die Inflation begünstigt. Notwendig sei mehr denn je eine allgemeine Rückkehr zur Goldmarkberechnung, so vor allen Dingen auch bei den Steuern. Bei den bisherigen Lohnkämpfen war es nicht möglich, die Löhne auch nur annähernd der rapide fortschreitenden Teuerung anzupassen. Daher der Kampf der Gewerkschaften um einen wertbeständigen Lohn. Als beste Grundlage für einen Reallohn betrachte der Redner den Kleinhandels- oder sogenannten Teuerungsindezes, weil dieser in der nächsten Zeit den sichersten Maßstab für die Teuerung darstelle. Eine Gesundheitskrise müßten wir unter allen Umständen überwinden. Eine Rückkehr zur Goldmarkberechnung könne nur den guten Erfolg zeitigen, daß die großen Unternehmen dann mehr als bisher ihren Einfluß dahin geltend zu machen suchen, den Kurs des Dollars möglichst niedrig zu halten.

Sehr wünschenswert wäre es, wenn die Gewerkschaften in Zukunft sich auch anderen Arbeiten widmen könnten, während in der letzten Zeit fast alle Kräfte für die fortwährenden Lohnverhandlungen in Anspruch genommen wurden. Inwiefern man den Reallohn zu heben in der Lage sei, hänge allerdings nach wie vor von der Marktposition der Arbeitnehmer ab. Die Gewerkschaften müssen in diesem Kampfe bewußt die Führung übernehmen. Die Debatte bewegte sich einheitlich im Sinne des Vortrages. Auch die Kommunisten teilten die Auffassung des Redners, was hier im Interesse objektiver Berichterstattung besonders festzustellen sei.

Wertbeständige Löhne und Gemeindearbeiter.

Mit der seit einiger Zeit akuten Frage der Herbeiführung wertbeständiger Löhne beschäftigte sich eine am Dienstag Abend im Gewerkschaftshaus abgehaltene sehr gut besuchte Funktionärerversammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Polenske berichtete zunächst über die Vorgänge in den städtischen Krankenhäusern. Seit langem beabsichtige die Stadtverwaltung die geteilte Arbeitszeit für das Pflegepersonal einzuführen, wodurch eine indirekte Umgehung des Achtstundentages eintreten würde. Teilweise sei es jetzt sogar wegen dieser Differenzen zu Entlassungen gekommen. Hierzu sei jedoch die Zustimmung des Gesamtbetriebsrates nicht eingeholt worden, weshalb alle Maßnahmen rechtsunwirksam seien. Es ist deshalb der Schlichtungsausschuß angerufen worden. Eine Resolution, welche dem Magistrat wegen der ergriffenen Maßnahmen die schärfste Mißbilligung ausdrückt und die Zurücknahme der bereits erfolgten Kündigungen fordert, wurde einstimmig angenommen.

Ueber die Verhandlungen der Epigenorganisationen mit der Reichs- und Staatsregierung zur Herbeiführung wertbeständiger Löhne berichtete Scharlau. Der Redner ging davon aus, daß es erst einiger Mühe bedürft hätte, um die Ansichten der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen zu einem den Regierungen gegenüber vertretbaren einheitlichen Antrag zu formen. Von Bedeutung sei es, daß diesmal der Reichsfinanzminister Dr. Hermes und Staatssekretär Schröder an den Beratungen teilgenommen haben. Die Gewerkschaftsvertreter forderten grundsätzlich, die Lohnhöhe nach dem allwöchentlichen zu erwerbenden Index zu bemessen. Außerdem beantragte man eine Geldentwertungszulage und einen anderen Zahlungsmodus für die Angestellten. Damit glaubt man eine Grundlage für den Reallohn geschaffen zu haben, den es dann weiter zu heben gilt. Von Regierungsseite wurden verschiedene Einwände geltend gemacht. Diese Vereinbarungen sollen nur auf alle in Staat und Gemeinden Bediensteten Anwendung finden. Eine endgültige Erklärung der Regierung steht noch aus. Polenske verbreitete sich dann über die ebenfalls noch nicht zum Abschluß gekommenen Verhandlungen mit dem Berliner Magistrat über die Einführung wertbeständiger Löhne. Der Lohn soll immer möglichst schnell zur Auszahlung gelangen, wobei allerdings einige technische Schwierigkeiten zu beachten sind. Eine von der großen Tarifkommission vorgelegte Entschliessung, welche nur die Erreichung eines Friedensreallohnes als zweckmäßig ansieht, wurde mit großer Mehrheit angenommen, desgleichen ein Antrag, betreffend die Anwendung der letzten gewerkschaftlichen Kampfmittel bei einem unbefriedigenden Resultat. In der Dis-

kussion wurde von den Kommunisten recht scharfe Kritik geübt. Vor Schluss der Versammlung machte Polenske u. a. noch Mitteilung von einem Antrag an die Stadt Berlin auf Gewährung eines Betragtes zur Beschaffung von Kohlen.

Der laufende Wochenlohn in der Holzindustrie.

Das jüngste Lohnabkommen in der Holzindustrie galt bis zum 14. Juli. Die neuen Verhandlungen zur Lohnregelung für die Woche vom 16. bis 21. Juli ergaben einen Stundenlohn von 18 570 M. Gestern Abend waren die Vertrauensmänner und Betriebsräte der dem Reichsmantelarif unterstehenden Betriebe auf Einladung der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes bei Klemm in der Hasenheide zahlreich versammelt, um zu dieser neuen Lohnregelung Stellung zu nehmen. Bevollmächtigter Böse berichtete über den Verhandlungsgang. Auf Grund sorgfamer Berechnungen reichte die Ortsverwaltung bei den Arbeitgebern eine Forderung ein, die auf 20 000 M. lautete. Und zwar sollten die 20 000 Mark nur für die laufende Woche gelten. Die Arbeitgeber boten zunächst eine Zulage von 43 Proz., was einem Stundenlohn von 12 214 M. gleichkäme. Bei den Verhandlungen spielten sich wieder die bekanntsten Dinge ab. Die Arbeitgeber beriefen sich darauf, daß andere Industriegruppen nach der neuen Lohnregelung nicht so viel verdienten wie die in der Holzindustrie beschäftigten Arbeiter. Am Dienstag konnten die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen werden, da die Verhandlungskommission das bis dahin erzielte Ergebnis von 18 320 M. nicht annehmen konnte. Am Mittwoch gelang es dann, eine weitere Aufbesserung zu erwirken, so daß der Lohn sich auf 18 570 M. erhöhte. Die Ortsverwaltung empfahl die Annahme dieses Abkommens.

In der Diskussion wurde darüber Klage geführt, daß das Papiergeld, das man am Wochenende ausbezahlt bekomme, lange nicht genüge, um auch nur die notwendigsten Bedarfsartikel einzukaufen. Auch forderten einzelne Diskussionsredner den Kampf. Nach einem kurzen Schlusswort Böses, worin der Referent auf verschiedene in der Diskussion behandelte Dinge einging, und dabei gleichzeitig unberechtigte Angriffe abwehrte, nahmen die Versammelten das neue Lohnabkommen mit Mehrheit an.

Hierzu wird noch mitgeteilt: Sämtliche am 14. Juli 1923 bestehenden Tariflöhne erhöhen sich für die Woche vom 15. bis 21. Juli um 52 Proz., so daß der Durchschnittstariflohn eines Facharbeiters über 22 Jahre 18 570 M. beträgt. Die Montaglöhne erhöhen sich um den gleichen Prozentsatz. Im übrigen wird der Text des 16. Lohnabkommens sinngemäß für das 18. Lohnabkommen übernommen. — Für die Arbeitnehmer: Theodor Paeth, für die Arbeitgeber: Karl Boese.

Der Herrenstandpunkt bei der Reichspostverwaltung.

Die Allgemeine Deutsche Postgewerkschaft, Bezirk Berlin, wollte in Fragen im Interesse ihrer Mitglieder bei dem Herrn Präsidenten der Oberpostdirektion Berlin vorstellig werden. Der Herr ließ durch seinen Vorzimmerbeamten den Organisationsvertretern, die hier in Berlin Tausende von Mitgliedern vertreten, mitteilen, daß er es aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnt, mit den Vertretern der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft zu verhandeln. Die Organisationsvertreter wollten nun die grundsätzlichen Erwägungen des Herrn Präsidenten erfahren; jedoch gelang dies nicht. — Sollten die „grundsätzlichen Erwägungen“ des Leiters der Oberpostdirektion Berlin darin bestehen, daß ihm die Allgemeine Deutsche Postgewerkschaft, die auf dem Boden der freien Gewerkschaften steht und in energischer Weise vertritt, die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, nicht genäh ist? Das notwendige Aufstreben unserer Gewerkschaft paßt ja in einen Herren nicht; die Organisation wird sich aber auch ohne diese Beamten, die vom nichtverstandenen Herrenstandpunkte aus verfahren, alles in ihrem Sinne zu regeln, behor verschaffen.

„Zweck Ausnutzung billiger Arbeitskräfte.“

Sinn und Zweck der kapitalistischen Produktionsweise ist der Profit, die Erzielung von Mehrwert, die Ausnutzung billiger Arbeitskräfte. Die Unternehmer suchen diese Lohndase gewöhnlich zu bemänteln, weil sie etwas brutal klingen, doch wo es der Zweck erfordert, sprechen sie sie auch unerbittlich aus, wie die folgende Chiffre-Anzeige im „B. L.“ am 15. Juli zeigt:

Kleine Maschinen-Fabrik
mit Eisengießerei und Elektromaschinenbau, sucht Verbindung mit größerer Maschinenfabrik zwecks Ausnutzung billiger Arbeitskräfte u. großer Räumlichkeiten.

Den Ort, wo die besonders billigen Arbeitskräfte zu finden sind, verrät der betreffende Unternehmer selber nicht. Das ist sein Geschäftsgeheimnis.

„Zum Lederarbeiter-Industrieverband.“

In Nr. 328 des „Vorwärts“ gaben wir in dieser Frage die Stellungnahme der „Lederarbeiter-Zeitung“ wieder. Die „Sattler-, Tapezierer- und Portefeuliers-Zeitung“ führt hierzu in ihrer jüngsten Ausgabe, Nr. 28, aus, daß diese Stellungnahme der „Lederarbeiter-Zeitung“ auf Grund einer irigen Auffassung erfolgt ist. Der tatsächlich gefasste Beschluß gehe dahin, „daß der Vorstand des Sattler- u. m. Verbandes mit den in Betracht kommenden Verbänden der Lederindustrie in Unterhandlungen treten muß und daß die endgültige Entscheidung über das Schicksal des jetzigen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuliers-Verbandes den Mitgliedern durch Abstimmung vorbehalten bleibt. Mag sich die Mehrheit entscheiden wie sie will, wir haben uns zu fügen.“

Weiter wird ausgeführt, daß es sich darum handle, „ob zunächst überhaupt verschmolzen werden soll und muß. In zweiter Linie, ob mit den Lederarbeitern allein, oder auch zugleich mit den Schuhmachern.“

Für die Hausangestellten in Geschäften und Industriehäusern wurden durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin die Löhne für die Woche vom 15. bis 21. Juli um 3200 bis 5000 M. pro Stunde erhöht. Tarifjahrgänge sind beim Deutschen Portierver-

band (Sektion 7 des Deutschen Berkehrsbundes), Berlin W., Postreuther Str. 31, und Engelauer 24/25, Zimmer 26, gegen Mitgliedsausweis zu haben.

Das Ortskartell Berlin des ADGB-Bundes macht bekannt: Von jetzt ab werden Tarifangelegenheiten, gleichviel welcher Art, nicht mehr durch uns bearbeitet, sondern durch die in Betracht kommenden ADGB-Gewerkschaften, die sich, soweit es sich um gemeinsame Tarife handelt, zu besonderen Tarifkartellen unter Federführung eines hierzu bestimmten Verbandes zusammenzuschließen haben.

Die ADGB-Mitglieder und ADGB-Funktionäre wollen sich in Tarifangelegenheiten von jetzt ab also nicht mehr an uns, sondern an ihre Gewerkschaften wenden.

Zentralverband der Maschinen- und Feiler. Montag, Freitag, 5 Uhr, bei Bolter, Scharnberg, Hauptstr. 90, Branchener-Sammlung für die Maschinen- und Feiler der heimischen Industrie. Bericht von der Lohnverhandlung. Nicht eines jeden dienstfreien Kollegen ist es natürlich zu empfehlen. Die Branchenleitung.

Wirtschaft

Chelicher Lohn und Betriebskalkulation.

Wertvolle Ausführungen zu der Frage des Einflusses des wertbeständigen Lohnes auf die Betriebskalkulation macht Direktor Hans Martin im „Berliner Tageblatt“. Er weist darauf hin, daß der Lohn in der Betriebskalkulation nicht den wertbeständigen Faktor darstellt wie bisher.

„Man kalkuliert z. B. den Materialanteil für einen Motor zu dem Materialpreis, wie er sich für Kupfer oder Baumwolle am Tage der Kostenrechnung auf Grund der amtlichen Notierungen ergibt, für die Kalkulation des Lohnanteils verwendet man aber Zahlen, die acht Tage und mehr hinter der Wertbeständigkeit des Materialanteils zurückliegen. Hieraus resultieren dann Nachforderungen der Arbeitnehmer, die für die folgende Selbstkostenberechnung des Arbeitgebers den Generalsatz (den Satz für Generalunkosten) unnatürlich hochtreiben und in den Kreisen der Arbeitnehmer sich in Unzufriedenheit und letzten Endes in einem Streik auswirken.“

Durch dieses Nachhinken kommt es dann auch vor, daß wir bei dem Vergleich unserer heutigen Tageselbstkosten zu denjenigen normaler Zeiten feststellen: Wir verkaufen unsere Waren. Der nicht wertbeständige Lohnanteil unserer Selbstkostenermittlung wird gewissermaßen zum Spekulationsobjekt des Handels. Durch den heutigen Zustand des schwachen Lohnes werden die Preise für die Artikel des täglichen Bedarfs vom Handel diktiert, während ein kaufkräftiger Lohn den Handel zum Angebot drängt. Hier kann Abhilfe geschaffen werden dadurch, daß man bei eintretender Marktentwertung oder -verbesserung den Lohnanteil in demselben Verhältnis wie den Materialanteil der Geldentwertung oder -verbesserung anpaßt. Dann hofen wir mit einem Male den Rückstand auf und sind an der Wertbeständigkeit angelangt.

Seht also eine Firma oder ein Arbeitgeberverband heute infolge der Geldentwertung oder -verbesserung, die jeweils an der Geldpaluta und der Wettbewerbsfähigkeit gemessen werden, den Verkaufspreis neu fest, so wird in diesen Grenzen der Lohn ebenfalls heute entsprechend geregelt. — Wir haben also mit dem wertbeständigen Verkaufspreis den wertbeständigen Lohn. Bei den Verkaufspreissetzungen könnten dann jeweils die Arbeitnehmervertreter mit herangezogen werden, so daß nachträgliche Sonderverhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ausgeschlossen würden.“

Es ist unbedingt zutreffend, daß die Niedrighaltung der Löhne eine Warenverschlechterung zur Folge hat und die Spekulation begünstigt und es ist auch richtig, wenn der Verfasser des Artikels darauf hinweist, daß mit der Einführung des wertbeständigen Lohnes eine größere Kaufkraft der breiten Masse herbeigeführt und ein gesunder Wettbewerb geschaffen werden würde. Der Wettbewerb aber ist in der kapitalistischen Wirtschaft der einzige regulierende Faktor; er wurde in der Zeit der Geldentwertung von dem Monopol der Sachwertbesitzer abgelöst und hat zu den unethischen Wirtschaftsverhältnissen geführt, die wir heute vorfinden. Aus diesem wirtschaftspolitischen Grunde ist die allgemeine Einführung wertbeständiger Löhne eine notwendige Vorbedingung der Befundung der Produktion.

Der Direktor der AGO, Dr. Felix Deutsch, der sich gegenwärtig in London befindet, hat der Presse eine Erklärung abgegeben, worin gesagt wird, daß, bevor der Krieg beendet wurde, die weitblickenden Industriekapitalisten vorausgesehen hätten, daß nach dem Kriege die Geschäfte einen guten Aufschwung nehmen würden. Diese Prophezeiung habe sich bisher nicht erfüllt, weil der Versailler Vertrag den Boden zur Untätigkeit und Unsicherheit in Europa gelegt habe. Dies hindere aber niemand daran, daß große Arbeiten erfüllt werden könnten, sobald in Europa die Sicherheit und Ruhe wiederhergestellt sei. In Frankreich, Deutschland und Italien seien große Elektrifizierungsarbeiten möglich, die nicht nur vernünftig wären, sondern auch Gewinn abwerfen würden. In diesen Ländern seien die Eisenbahnen noch nicht elektrifiziert. Ferner seien in London in den nächsten Jahrzehnten ungeheure Arbeiten auf dem Gebiet der Elektrizität möglich. Der größte Teil der Finanzkraft sei bereit, die nötigen Kapitalien für diese Arbeiten aufzubringen, aber nur, wenn die Ruhe in Europa wiederhergestellt sei.

Große Vermögenssteuer in Polen. Nach dem neuen polnischen Gesetz über die Vermögenssteuer werden in den nächsten fünf Jahren und zwar angefangen vom Jahre 1924 bis zum Jahre 1928, in zehn Halbjahren einmalige Vermögenssteuern erhoben, deren Gesamtsumme eine Milliarde Goldfranken erreichen soll.

Benanntlich für Berlin: Victor Schiff, Berlin; Wirtschaft: Felix Casarano, Friedrichshagen; Gewerkschaftsbewegung: J. Geilner, Berlin; Funktionäre: Dr. John Schimanski, Charlottenburg; Solales und Conditoren: Fritz Rastbach, Berlin; Wilmersdorf: Anzeigen: H. Gluck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag, Berlin und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Wirklich gut und preiswert
kaufen Sie noch im
Volks Schuhhaus
(1. Haus des Neuen Volkstheaters)
ISMA Köpenicker
Straße 68
Riesige Auswahl
in schwarz. u. farbig. Herren- u. Damenstiefeln sowie Halbschuhen, Kinderstiefeln, Leinwand und Sandalen.

Ausgabe
Paletots
Hosen
fertig und nach Maß
Gummimantel
Manchester-Loden
Knaben-Garderobe
Wäsche, Hüte
Gute Waren
Billige Preise
Auf Wunsch Zahlungserleichterung
in Gem. Versandpost
G. Prager
Brunnenstraße 31
1. u. 2. Stock

Ankaufs-
Abteilung **MAX BUSSE** Gegründet 1878
Brunnenstraße 18 • An der Invalidenstraße
Ankauf und Verwertung von
Brillanten Gold-, Silber-, Platinbruch

Zeitungs-papier
gebünd. kg 2000.
Haus-Bein-
lampen Halbsch.
Bohe Preis
Neukölln
Hilfsgeld, Fein-Zahen
Fernlosg. Berl. 281.

Brillanten
Zahngelisse
Platin, Gold-, Silber- und Juwelen
H. Schneider & Sohn
Hilfsgeld, Fein-Zahen
Fernlosg. Berl. 281.

Berliner Juwelen-Verwertungs-Haus
Erna Mauch
Handelsgerichtlich eingetr. Firma
Ankauf von Juwelen, Perlen, Smaragden,
Uhren, Gold- und Silberbruch
Lützow 27/60 Potsdamer Str. 118

Kraus-
Pianos
zur
Miete
Ansbacher Str. 1,
1. u. 2. Stock

Hosen jeder Art und in allen Größen
kaufen Sie am besten und billigsten in der München-Gladbacher Hosen-Zentrale, Berlin, Rügenstr. 25 (blauer Laden), nahe Bbl. Gesundbr., kein Versand außerhalb. — Linien 5, 8, 35, 36, 37, 40, 41, 42, 99, 117, 140. Fahrvermittlung

Volkskleidung
Kosen
Gummimantel
Sport-Anzüge
Manchester u. Loden
Hemden, Socken
Unterhosen
Berufskleidung
Gute Ware!
Billigste Preise!
Gerh. Köhnen
Neukölln
Hilfsgeld, Fein-Zahen
Fernlosg. Berl. 281.

Hühneraugen
besitzt sicher das Radikalmittel
Lebewohl
Hornhaut an d. Fußsohle verschwindet durch
Lebewohl-Ballen-Scheiben.
in Droge. u. Apoth. Man verl. ausdrückl. „Lebewohl“